

Tausende burmesischer Flüchtlinge und MigrantInnen in Lebensgefahr

Eine Aufforderung an die Bundesregierung und die Hilfsorganisationen zu umgehender Nothilfe

von Dagmar Puh / Burma Büro e.V.

Die Besetzung der burmesischen Botschaft in Bangkok durch fünf bewaffnete Gegner des Militärregimes in Rangun rückte Anfang Oktober für kurze Zeit die verheerende Lage in Burma in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit und warf ein Schlaglicht auf die Lebensumstände von rund einer Million exilierter BurmesInnen in Thailand.

Dank der Besonnenheit der thailändischen Behörden und Sicherheitskräfte konnte das Geiseldrama schnell zu einem unblutigen Ende gebracht werden. Doch das vermeintliche Happy End trügt. Für einen großen Teil der BurmesInnen in Thailand und Tausende von Menschen im Grenzgebiet hat der Vorfall dramatische Konsequenzen, die ihre Existenz und ihr Leben bedrohen.

Anfang November haben die thailändischen Behörden mit der Abschiebung sogenannter »illegaler Einwanderer« aus Burma begonnen. Betroffen von dieser Maßnahme sind mehrere hunderttausend Menschen, die in Fabriken, der Landwirtschaft, dem Baugewerbe und der Sexindustrie als rechtlose und billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. De facto handelt es sich größtenteils um Personen, die Burma aufgrund von Vertreibung, Verfolgung und Repression verlassen mußten, denen der Flüchtlingsstatus aber verweigert wird. Dies gilt insbesondere für Angehörige der ethnischen Gruppe der Shan.

Die Abschiebungen waren lange geplant aber aufgrund von Arbeitgeberprotesten mehrfach verschoben worden. Nun kommen sie zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt, da Burma nach der Botschaftsbesetzung die Grenze zu Thailand geschlossen hat und sich weigert, die RückkehrerInnen aufzunehmen. So stecken die Betroffenen

nun in einer schier unentrinnbaren Falle, in der ihnen auch der letzte Rest von Menschenwürde genommen wird und ihr Leben und ihre Unversehrtheit akut bedroht sind. In Thailand werden BurmesInnen von großen Polizei- und Militäraufgeboten regelrecht zusammengetrieben und gewaltsam zur Grenze gebracht. Eine Einzelfallüberprüfung des Aufenthaltsstatus erfolgt dabei in der Regel nicht. Auch registrierte Flüchtlinge und politische AktivistInnen wurden bereits deportiert. An den Grenzübergängen sehen sich die Deportierten burmesischen Soldaten gegenüber, die sie mit Waffengewalt an der Einreise hindern. Mindestens fünfzehn Frauen wurden bislang vor ihrer Rückschiebung von Grenzsoldaten vergewaltigt. Wer dennoch ins Land gelangt, ist von Verfolgung bedroht und hat zumeist keine Heimat und keine Lebensgrundlage mehr. Nach Angaben der thailändischen Einwanderungsbehörden kehrten daher rund 60 Prozent der bislang etwa 10.000 Abgeschobenen umgehend zurück. Dabei nehmen sie große Risiken auf sich: Zahlreiche Menschen ertranken bei dem Versuch, über den Grenzfluß

nach Thailand zu schwimmen. Wer tatsächlich das Ufer erreicht, wird erneut abgeschoben oder interniert. Auf beiden Seiten der Grenze sind Tausende von Menschen im Dschungel untergetaucht, wo sie ohne Nahrung, Unterkunft, Schutz oder Zugang zu medizinischer Versorgung leben. Besonders prekär ist die Lage von einigen Hundert Deportierten, die auf einer Insel im Grenzfluß Moei festsitzen, deren territoriale Zugehörigkeit nicht eindeutig geklärt ist.

Flüchtlinge — zumeist Angehörige der ethnischen Gruppen der Karen, Karenni und Mon — die in Lagern im thai-burmesischen Grenzgebiet leben, befürchten Übergriffe der burmesischen Armee. Seit Anfang Oktober werden auf burmesischer Seite verstärkte Truppenbewegungen registriert. Bereits in den Vorjahren kam es wiederholt zu gewaltsamen Übergriffen auf Flüchtlingslager, bei denen die BewohnerInnen ihr letztes Hab und Gut verloren und zahlreiche Menschen verletzt oder getötet wurden.

Unter besonderen Druck sind auch die exilierten StudentInnen geraten, aus deren Reihen die Gei-

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Burma Büro e.V., Köln.



aus: Watershed Vol. 4, No. 1 (1998), Titelseite

selnehmer stammten. Zwar distanzieren sich die bekanntesten studentischen Organisationen wie die *All Burma Students' Democratic Front* (ABSDF) sofort von der Botschaftsbesetzung. Dennoch fürchtet Thai-

land neue Probleme aus dieser Ecke und hat das UNHCR, unter dessen Obhut die StudentInnen stehen, aufgefordert, ihre Übersiedlung in Drittländer in die Wege zu leiten. Betroffen sind rund 2700 Personen, die vom UNHCR als »person of concern« registriert wurden. Bislang haben die USA, Kanada, Neuseeland, Australien und einige EU-Staaten sich zur Aufnahme der Dissidenten bereit erklärt. Was mit Personen geschieht, die für die Aufnahme in Drittländer nicht in Frage kommen oder eine Übersiedlung ablehnen, ist noch unklar. Kritiker befürchten, daß mit der geographischen Zersplitterung der Gemeinschaft dem studentischen Widerstand gegen die Junta die Basis entzogen werden soll.

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jahrgang, und den **südostasien informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasien informationen** wird fortgesetzt.

Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev. Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Herausgeber: philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

Anschrift: philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 / 83038-18/28 Fax: 0201 / 83038-19/30 E-Mail Box im Internet:

philippinenbuero@asienhaus.de,
soainfo@asienhaus.de

Redaktion dieser Ausgabe: Saskia Busch (v.i.S.d.P.), Warsito Ellwein, Katharina Stahlenbrecher

mitgearbeitet haben: Christoph Antweiler, Monika Arnez, Azwar Hasan, Bettina Beer, Ulrike Bey, Silke Bormann, Reiner Buergin, Harriet Ellwein, Genia Findeisen, Günter Freudenberg, Anne Fritsche, Klaus Fritsche, Wilfried Gebhardt, Brigitte Geske-Scholz, Gabie Hafner, Vincent J. Houben, Eberhard Knappe, Simone Königer, Patrice Ladwig, Antonius Larenz, Klaus Marquardt, Sabine Miehlau, Michaela Müller, Renate Müller-Wollermann, M. Nadarajah, Dagmar Puh, Niklas Reese, Gareth Api Richards, Charles Santiago, Manuel Schmitz, Bernd Schramm, Susanne W. Schwarz, Fritz Seeberger, Ina Sperl, Ingo Wandelt, Rainer Werning, Gudrun Witte, Susanne Wunsch, Patrick Ziegenhain, Siegfried Zöllner

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Impressum

Gestaltung der Titelseite: Ismaya

Satz: K. Marquardt, Herne

Druck: Druckwerk, Dortmund

Auflage dieser Ausgabe: 1200

Berichtszeitraum: 20.9.-4.12..99

ISSN-Nr.: 1434-7067

Preis: Einzelausgabe DM 9,- (4,60 €)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpers. DM 36,- (18,41 €)

Inst./Förderabo DM 72,- (36,81 €)

Ausl.: Einzelpers. DM 51,- (26,08 €)

Inst./Förderabo DM 87,- (44,48 €)

Luftpostzuschl. DM 17,- (8,69 €)

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Konten:

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491

Postgiro Dortmund (Dtmd.) Nr. 1748-460

Vertrieb Schweiz:

Gruppe Schweiz-Philippinen (GSP)

Bäckerstr. 25, CH 8004 Zürich,

Tel. 01-241 92 15

Copyright: Redaktion und Autor(inn)en; Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nächster Redaktionsschluß:

7.2.2000

Aufruf

Angesichts der dramatischen Umstände fordern wir die Bundesregierung, die in der Region tätigen kirchlichen und nicht-kirchlichen Hilfsorganisationen, die Stiftungen und Gewerkschaften auf,

- sofortige finanzielle und materielle Hilfsmaßnahmen für die abgeschobenen und von Abschiebung bedrohten BurmesInnen in Thailand in die Wege zu leiten.
- die thailändische Regierung aufzufordern, sogenannten »illegalen Einwanderern« aus Burma die Möglichkeit zu geben, in Thailand Asyl zu beantragen, und von einer Abschiebung dieser Menschen solange abzusehen, bis sichergestellt ist, daß sie in ihrem Heimatland gefahrlos einen ausreichenden Lebensunterhalt verdienen können. Die laufenden Abschiebungen müssen sofort aufhören und die Rückkehr der Deportierten ermöglicht werden.
- die thailändische Regierung aufzufordern, die Flüchtlinge in den Lagern vor Übergriffen der burmesischen Armee zu schützen.
- die thailändische Regierung und das UNHCR aufzufordern, bei der Umsiedlung burmesischer StudentInnen in Drittländer die Wünsche der Betroffenen zum Entscheidungsmaßstab zu machen.
- exilierten burmesischen StudentInnen Asyl in Deutschland zu gewähren und ihnen hier eine adäquate Ausbildung zu ermöglichen.

Köln, den 22.11.1999

Burma Büro e.V.

Der Aufruf wird sowohl von der Südostasien Informationsstelle als auch dem Asienhaus unterstützt.

Weitere Informationen erhalten Sie beim:

Burma Büro e.V.,
Bobstr. 6-8, 50676 Köln;
Fon: 0221/95224-50, Fax: -70;
eMail: burmabuero@netcologne.de